

## Gewaltfreiheit in der Ukraine

Björn Kunter

Putin hat keine Angst vor der NATO oder irgendwelchen „Faschisten in der Ukraine“. Die aktuelle russische Politik erklärt sich stattdessen einerseits aus der Erfahrung der gewaltfreien Revolutionen in etlichen postsowjetischen Staaten und der Massenproteste gegen Putin 2011-2013. Andererseits spielen die zunehmende Autorisierung, Zentralisierung und Ideologisierung des russischen Regierungssystems und der wachsende Einfluss nationalistischer Kräfte auf die Regierung Putin eine Rolle. In einer Art umgekehrten Dominotheorie werden die demokratischen Aufbrüche im ehemaligen Ostblock als Kette von Revolutionen wahrgenommen, an deren Ende auch die Regierung Russlands gestürzt werden soll. In seinen Kommentaren zu Janukowitsch stellte Putin daher klar, dass er nicht so lange gezögert hätte, die Proteste auch gewaltsam niederzuschlagen.

Die NATO, die gewaltsame „Selbstverteidigung“ (Samooborona) des Maidan und die öffentliche Rolle von „Rechter Sektor“ und „Freiheit“ (Swoboda) sind in diesem Schema vor allem Feindbilder zur Mobilisierung der eigenen Bevölkerung. Denn jede Diktatur braucht Feinde. Gleichzeitig diente die Besetzung und Annexion der Krim dazu, die Auseinandersetzung in gewaltsame Formen zu lenken, da die russische Regierung hier alle Trümpfe in der Hand hält. Doch diese Strategie ging lange nicht auf. Während die russischen Medien über Schießereien und Gewalt auf der Krim fantasierten, verweigerte die ukrainische Armee die gewaltsame Auseinandersetzung. Stattdessen nutzte sie improvisierte Methoden der gewaltfreien Verteidigung. Angehörige und Protestierende schützten die Militärbasen, und in Belbek erzwang sich das ukrainische Militär durch einen vielbeachteten unbewaffneten Marsch auf seinen Luftwaffenstützpunkt Zugang zu seinen Flugzeugen. Damit konnte die ukrainische Armee durchaus Achtungserfolge erzielen. Die Mehrzahl der Stützpunkte konnte bis zum offiziellen Anschluss der Krim gehalten werden.

Das Beispiel der Ukraine zeigt, dass eine militärische Verteidigung nicht nur selbstmörderisch und chancenlos ist, sondern zudem noch dem Aggressor in die Hände spielt, da es ihm ermöglicht, die eigene Bevölkerung und Soldaten für sich zu mobilisieren. Eine gewaltfreie Verteidigung reduziert dagegen nicht nur das Ausmaß des Leidens. Sie setzt bei den Schwächen des Angreifers an und ist geeignet, die Gewalt eines Aggressors auf diesen zurückschlagen zu lassen. Gerade die Ukraine bietet hierfür gute Ausgangsbedingungen. Denn die russische Armee ist aufgrund der sozialen Nähe und gemeinsamen Sprache, sowie der gemeinsamen Vergangenheit mit der ukrainischen Armee, anfällig für eine „Aufweichung“ ähnlich der Besatzungstruppen in der Tschechoslowakei 1968<sup>1</sup>. Über Bekannte, Verwandte und die russische Demokratiebewegung gibt es zudem zahlreiche Zugänge zur russischen Bevölkerung. Auch ist trotz der jüngsten Übernahme der russischen Facebook-Variante „vkontakte“ die Kontrolle des Internets in Russland noch nicht abgeschlossen und dient so der eingeschüchterten Demokratiebewegung als Forum und Organisationsmittel.

Zivilgesellschaft und Staat haben in der Ukraine daher bis zum Beginn der sogenannten Anti-Terror-Operation fast nur gewaltfrei agiert, zum Beispiel durch

- Massendemonstrationen gegen Gewalt in Donezk,
- systematische Aufdeckung von Falschinformationen z.B. auf [www.stopfake.org](http://www.stopfake.org),
- zahlreiche Briefe aus der russischsprachigen Bevölkerung, dass sie nicht geschützt werden wollen und müssen,
- Aufrufe zum Boykott russischer Waren und zur Nichtzusammenarbeit mit den Besatzern,
- Zivilen Ungehorsam lokaler Amts-



Mehrheitlich ukrainisch-, russisch- und gemischt-sprachige Gebiete der Ukraine. Foto: Lvivske



Kundgebung auf dem Maidan in Kiew am 21. Februar 2014. Foto: Amakuha



Unterzeichnung des Beitritts der Krim zu Russland am 18. März 2014. Foto: kremlin.ru

## Diesmal

Genderkompetenz-Training  
No Blame Approach  
Jahrestagung 2014  
NP in Südsudan  
u.a.m.



Es gibt Begriffe, um die kommt man nicht herum, auf die stößt man immer und überall, die meinen alles und nichts. Und weil diese Begriffe immer aufgeblasener wirken, erscheinen sie immer verdächtiger. Ein solcher Begriff ist das „Netzwerk“, vor allem das „soziale Netzwerk“.

Seine Geschichte begann einmal ziemlich harmlos: Je kleiner die Familien wurden, desto größer wurden die Netzwerke, um die Kinder zu betreuen oder die Älteren zu versorgen. Auch Computer-Netzwerke waren früher begrenzter und übersichtlicher. Dann wurden auch Netzwerke „sozial“ genannt, die nur ökonomisch waren, die Karriere und Profit förderten. Schließlich kamen „soziale“ Internet-Netzwerke - mit ihrer fließenden Grenze zur völligen Überwachung.

Doch verteufeln müssen wir sie auch nicht. Wenn wir ihre Ränder deutlich ziehen, steckt in ihnen noch ein guter Kern. Das fällt mir bei diesem Rundbrief, seinen Artikeln und AutorInnen auf.

So stammt die Analyse des gewaltfreien Widerstands in der Ukraine von unserem Osteuropa-Experten und früheren Geschäftsführer Björn Kunter (S. 1). Die AG Gender und Frieden, die das Training zur Genderkompetenz realisiert hat (S. 2), wurde initiiert von unserer Gender-Expertin und früheren Geschäftsführerin Judith Conrads. Und den No Blame Approach verbreitet unser Streitschlichtungs-Experte und früherer Geschäftsführer Detlef Beck (S. 4)... Über ein solches (im wahrsten Sinne) soziales Netzwerk bin ich für den BSV nur froh.

Ihr Kai-Uwe Dosch

inhaber, etwa bei der Durchführung der „Referenden“.

Dennoch stehen einer gewaltfreien Verteidigung der Ukraine drei wichtige Hindernisse im Weg. Erstens ist es notwendig, die improvisierten Ansätze der gewaltfreien Verteidigung zu einer Strategie der Sozialen Verteidigung auszubauen, zu koordinieren und auch mit entsprechenden Ressourcen (zum Schutz der betroffenen Bevölkerung, zur Überwindung der russischen Medienpropaganda, zur Koordinierung des Widerstands etc.) auszustatten. Zweitens kann Soziale Verteidigung nur zusammen und nicht gegen eine betroffene Bevölkerung funktionieren. Daher ist es notwendig, in einen intensiven Kontakt mit der Bevölkerung auch im Donbass zu treten und gemeinsame Lösungen gegen die Gewalt zu entwickeln sowie die innere Demokratie der Ukraine zu stärken und Korruption zu bekämpfen. Drittens ist es notwendig, die Anti-Terror-Operation einzustellen

und auch Gewalt durch pro-ukrainische Demonstrierende oder paramilitärische Gruppen zu verhindern, um der pro-russischen Propaganda nicht in die Hände zu spielen und die existierenden Feindbilder und Ängste der Bevölkerung im Donbass und in Russland auflösen zu können.

Den Kern einer gewaltfreien Verteidigung der Ukraine bildet daher die Forderung nach dem Ende der Gewalt und der Aufbau einer von der Zivilgesellschaft getragenen und von staatlichen Stellen unterstützten Friedensbewegung in der Ukraine. Hier treffen sich die Maidan-Bewegung für Demokratie und gegen Korruption mit den Interessen der unter der Gewalt leidenden Bevölkerung im Donbass, so dass eine Basis für eine einheitliche, demokratische und gewaltfreie Ukraine entstehen kann.

1 <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-45878722.html>

Björn Kunter war bis 2013 BSV-Co-Geschäftsführer.

## Training zu Genderkompetenz

Georg Adelman und Elise Kopper

Welche Bilder wurden mir als Kind darüber vermittelt, wie ein guter Junge/ein gutes Mädchen zu sein hat? Was ist anders, wenn ich in einer geschlechtshomogenen oder in einer geschlechtsheterogenen Gruppe bin? Und was habe ich einmal aufgrund meines Geschlechts nicht getan? ...schon mal drüber nachgedacht? Nein?

Genau deshalb waren diese Fragen ein toller Einstieg in das Training „Genderkompetenz“, das am Samstag, den 29. März 2014, in den Räumen des Instituts für Friedenssicherungsrecht und humanitäres Völkerrecht (IFHV) an der Ruhr-Universität Bochum stattgefunden hat. Insgesamt 15 TeilnehmerInnen waren der Einladung der AG Gender und Frieden im BSV gefolgt, gemeinsam die eigenen Vorstellungen von Geschlecht und Geschlechterrollen zu hinterfragen und die Bedeutung von Genderaspekten in der Friedensarbeit zu diskutieren. Die AG-Mitglieder Sabine Fründt und Hans-Joachim Lenz leiteten das Training. Bei

de sind seit vielen Jahren professionell als Trainerin bzw. Trainer tätig, betonten jedoch bereits zu Beginn, dass sie ihre Rolle eher als ModeratorInnen der Gespräche sehen: Das gegenseitige und selbstverantwortliche Lernen sämtlicher TeilnehmerInnen einschließlich der ModeratorInnen sollte bei diesem Training im Mittelpunkt stehen.

Durch den persönlichen Einstieg in das Thema bildete sich rasch eine vertrauensvolle Atmosphäre, die offene Gespräche und Diskussionen in der erfreulicherweise sehr heterogenen Gruppe ermöglichte: Vom Studenten bis zur Rentnerin, von der Aktivistin bis zur Geschäftsfrau waren unterschiedlichste Alters- und Personengruppen vertreten, deren Erfahrungen und Hintergründe sich im Laufe des Tages gut ergänzten.

Auf den zum Teil sehr nachdenklich stimmenden persönlichen Erfahrungsaustausch folgte ein theoretischer Input: Mit einleitenden Worten gaben Sabine



Fründt und Hans-Joachim Lenz eine kurze Übersicht darüber, wie sie den Begriff „Gender“ definieren (etwas vereinfacht: das sozial konstruierte Geschlecht) und erklärten zentrale Begriffe wie das „binäre Geschlechtssystem“ (die Vorstellung, dass man Menschen nur in zwei Geschlechter einordnen könne) oder die „Heteronormativität“ (die gesellschaftliche Norm – bis hin zum Zwang – zur Heterosexualität).

Doch was hat das Ganze nun mit Friedensarbeit zu tun? Ungemein viel, das wurde im nächsten thematischen Block klar! Denn Geschlechterrollen und -verhältnisse sind immer präsent, auch und gerade in Konfliktsituationen, und nehmen dort die unterschiedlichsten Formen an: Da ist die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern zu nennen, die sich häufig in Kriegs- und Krisenzeiten maßgeblich verändert (Stichwort „Trümmerfrauen“); die kriegsfördernde Konstruktion von Maskulinität, die die Pflicht des Mannes zum Dienst an der Waffe glorifiziert und dabei gleichzeitig die männliche Verletzbarkeit verdeckt; die sexualisierte Gewalt, die sowohl an Frauen wie auch an Männern verübt wird und vielfach als Kriegswaffe eingesetzt wird; oder die Machtungleichgewichte, die neben Kategorien wie dem Alter, der sozialen Klasse oder der ethnischen Zugehörigkeit maßgeblich auch durch den Faktor Geschlecht bestimmt werden. Letzteres betrifft längst nicht nur Menschen in Konfliktgebieten, sondern genauso sehr auch die Arbeit in Deutschland innerhalb von Institutionen und Organisationen der Friedensarbeit.

Ansätze und Gründe, um die Genderbrille auch in der Friedensarbeit aufzusetzen, gibt es also genug – doch wie kann man diese Erkenntnis nun im beruflichen und ehrenamtlichen Alltag umsetzen? Wie kann man Genderaspekte in die Projektarbeit einbinden? Wie kann man geschlechterrollenbedingte Machtungleichgewichte offen zur Sprache bringen – auch gegenüber KollegInnen und

Vorgesetzten? Und wo sind die Ressourcen, wo findet man die Motivation und die Kraft, die dafür erforderlich ist? Diese Fragen wurden im Anschluss zunächst in Arbeitsgruppen besprochen und dann abschließend im Plenum diskutiert.

Einige der wichtigsten Erkenntnisse: Das Thematisieren von Gender-Fragen kann sehr schwierig sein; die Reaktion darauf ist von Person zu Person sehr unterschiedlich. Gespräche über Gender-Themen sind in den seltensten Fällen rein abstrakt und objektiv, sondern sie sind geprägt durch unsere eigenen Erfahrungen und Empfindungen. Sie betreffen damit einen sehr persönlichen Teil unseres Lebens und unserer Identität und bedürfen deshalb einer großen Bereitschaft zur Selbstreflexion – eine Fähigkeit, die nicht jeder Mensch erlernt hat. In jedem Fall ist es hilfreich, MitstreiterInnen zu gewinnen, die als Modelle agieren und andere dadurch von der Notwendigkeit der Geschlechtergerechtigkeit als Grundlage für ein friedliches gesellschaftliches Miteinander überzeugen. Manchmal kann auch ein subtiles, geradezu subversives Vorgehen nützlich sein. Hilfreich für die Überzeugungsarbeit kann auch ein Zugang über Menschenrechtsthemen sein, die sich explizit auch mit Gender-Themen befassen.

Als mögliche Ressourcen und Motivation für den aktiven Einsatz für Geschlechtergerechtigkeit wurden u.a. die eigene Betroffenheit und das Eigeninteresse an einer geschlechtergerechteren Welt genannt, die Verantwortung gegenüber der Gesellschaft und den kommenden Generationen sowie die Gestaltungsmacht, die sich in diesem Bereich für jede\_n Einzelne\_n ergibt: Durch Offenheit und eigenes Bemühen kann buchstäblich jede\_r dazu beitragen, dass unsere Gesellschaft ein klein wenig geschlechtergerechter wird.

Auch ganz praktische Vorschläge für die Projektarbeit wurden erarbeitet. Eine Teilnehmerin erzählte von ihrer Herangehensweise bei der Arbeit mit Gruppen: Bei der obligatorischen Vorstellungsrunde sollen die TeilnehmerInnen nicht nur ihre Namen nennen, sondern auch das Pronomen (er, sie,...), mit dem sie bevorzugt angesprochen werden wollen. Auf diese Weise wird zum einen für die



Thematik der generellen Zuschreibung von Geschlecht sensibilisiert und zum anderen sichergestellt, dass den einzelnen TeilnehmerInnen von außen kein womöglich ungewünschtes Geschlecht zugeordnet wird, sondern sie sich die Bezeichnung dieses Teils ihrer Identität selbst aussuchen können.

Ein mündliches Stimmungsbild sowie eine schriftliche Evaluation mit wertvollem Feedback rundeten den Tag ab. Einhelliges Fazit des Tages war: Der persönliche Gedankenaustausch in der Gruppe und die gemeinsame Beschäftigung mit den eigenen biographischen Erfahrungen waren besonders wertvoll und sind durch keine noch so intensive theoretische Beschäftigung mit dem Thema zu ersetzen.

Ein großer Dank geht an die Stiftung Apfelbaum, ohne deren unkomplizierte finanzielle Unterstützung das Training nicht möglich gewesen wäre, sowie an das IFHV, das uns die Räumlichkeiten in Bochum kostenlos zur Verfügung gestellt hat! Und natürlich vielen Dank an unsere beiden ModeratorInnen, an Sarah Roßa für die Begleitung durch die Geschäftsstelle, an das Organisationsteam der Gender-AG, sowie an alle TeilnehmerInnen für ihre Offenheit und die Bereitschaft, ihre Gedanken und Fragen mit uns zu teilen.

Wer Interesse an der Arbeit der AG Gender und Frieden hat, ist herzlich eingeladen, uns unter [gender-frieden@soziale-verteidigung.de](mailto:gender-frieden@soziale-verteidigung.de) zu mailen oder einfach bei einem unserer Treffen vorbeizuschauen. Das nächste Treffen wird voraussichtlich am Wochenende 28./29. Juni in Altenburg bei Bonn stattfinden.

*Zu Geschlechterverhältnissen hat der BSV ein Infoblatt erstellt und eine Jahrestagung durchgeführt (und dokumentiert): <http://www.soziale-verteidigung.de/material/>.*

Elise Kopper und Georg Adelman sind Mitglieder der BSV-AG Gender u. Frieden.



# No Blame Approach 2010–2013

Detlef Beck und Heike Blum

## Die Aktionsfelder des Projektes

Vor wenigen Monaten hat das von Aktion Mensch geförderte Projekt „Mobbing in der Schule – Schulung, Beratung und Vernetzung“ seinen Abschluss gefunden. Im Zentrum des Projektes standen drei Aktionsfelder:

- die **Qualifizierung** von pädagogischen Fachkräften unterschiedlicher Schulformen und weiterer pädagogischer Einrichtungen in der **Anwendung des No Blame Approach**,
- das **Training** von Beratungskräften in einer **energieorientierten Beratungsform**, die von Mobbing betroffene SchülerInnen unterstützt, schwierige Mobbing-Erlebnisse zu verarbeiten
- und die internet-gestützte **Vernetzung von Schulen und Einrichtungen**, die mit dem No Blame Approach arbeiten, um vorhandene Ressourcen für die Anwendung des Ansatzes regional und ortsnahe nutzen zu können.



## Beeindruckende Ergebnisse

Die ProjektpartnerInnen BSV und fairaend sowie die Mitglieder des Projektbirates freuen sich zum Ende des Projektes über die positiven Projektergebnisse. Insgesamt wurden 123 Qualifizierungs-Workshops zum No Blame Approach durchgeführt. Ergänzt wurden diese Workshops durch 17 zweitägige Seminare zur energieorientierten Beratung von Mobbing betroffener SchülerInnen. Insgesamt nahmen über 3000 Personen an den Veranstaltungen teil, die - bis auf Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt - über alle Bundesländer verteilt stattfanden.

## Vernetzung: das neue Internetportal

Mit dem neu entwickelten Internet-Portal steht jetzt und zukünftig ein kooperativer Rahmen zur Verfügung, der die Arbeit mit dem No Blame Approach fördert, unterstützt und erweitert. Inzwischen haben sich fast 200 Schulen bundesweit in das Netzwerk eingetragen. Das Portal erleichtert die Kontaktaufnahme zu Schulen und anderen Einrichtungen, die mit dem No Blame Approach arbeiten und regt den Austausch untereinander an.

Attraktiv für die Mitglieder des Netzwerkes ist der „Interne Bereich“. Dieser beinhaltet:

- ein Forum für Diskussion und Austausch,
- eine Materialbörse von Praxismaterial



der NutzerInnen sowie

- Downloadmaterial zur Unterstützung der Arbeit mit dem No Blame Approach.

## Neue Broschüre „Eltern und der No Blame Approach“

Ein weiteres Ergebnis des Projektes ist eine 64-seitige Broschüre „Eltern und der No Blame Approach“, die auf viel Interesse gestoßen ist. Dieses neue Skript geht auf Sorgen, Nöte und Fragen von Eltern ein, die Lehrkräften und SchulsozialarbeiterInnen im Rahmen der Intervention mit den No Blame Approach in der Praxis begegnen können.

Aktuelle Informationen zum No Blame Approach findet Ihr/finden Sie unter der bekannten Webadresse: [www.no-blame-approach.de](http://www.no-blame-approach.de)

Detlef Beck und Heike Blum sind MediatorInnen bei fairaend.

*Der No Blame Approach (Interventionsansatz gegen Mobbing unter SchülerInnen) ist ein bewährter Interventionsansatz, um Mobbing zeitnah zu beenden und gute Lösungen für alle Beteiligten zu erreichen. In über 8 von 10 Fällen ist die Intervention erfolgreich.*

*Die energieorientierte Beratung ist ein wertvolles Instrument zur Stärkung von Mobbing-Betroffenen im Anschluss an die Arbeit mit dem No Blame Approach.*

# Friedens(t)räume schaffen – Krieg, Rüstung und Gewalt überwinden

Christine Schweitzer

Rüstung und Militär abschaffen – Konflikte gewaltfrei austragen. Das ist die Vision, die Friedensbewegungen seit mindestens einhundert Jahren verfolgen. Und das Ziel, mit dem der Bund für Soziale Verteidigung vor 25 Jahren gegründet wurde. Die Tagung 2014 des BSV mit dem Titel „Friedens(t)räume schaffen – Krieg, Rüstung und Gewalt überwinden“ fand vom 14.-16. März 2014 in Minden statt. Sie sollte dazu dienen, sich wieder darauf zu besinnen, was unsere Ziele sind,

wo wir hin möchten – d.h. die Frage nach unseren (Friedens-)Utopien stellen und uns mit Strategien beschäftigen, wie wir ihnen näher kommen können. Die ReferentInnen der Tagung beleuchteten das Thema der Tagung, Friedensutopien, auf verschiedene Weise und aus unterschiedlichen Blickwinkeln.

Den Auftakt machte am Freitag-Abend der Schweizer Politologe Andreas Gross, der in den 1980er Jahren einer der Grün-

der der Schweizer Kampagne „Für eine Schweiz ohne Armee“ gewesen war. Er stellte anhand von zwölf Thesen die Wichtigkeit von Utopien dar, wobei er gleichzeitig dafür plädierte, die „großen Utopien“ auf handhabbare, realistische Zwischenziele herunterzubrechen.

Das am Samstag-Morgen anschließende Panel warf dann einen Blick zurück auf die Friedensbewegung in den letzten einhundert Jahren. Reiner Braun (IA-

LANA) sprach über die Zeit des 1. Weltkriegs, Andreas Buro schloss mit einem Rückblick auf die westdeutsche Friedensbewegung nach dem 2. Weltkrieg an. Christine Schweitzer als dritte Referentin konzentrierte sich auf gegenwärtige Herausforderungen.

Anschließend hatten die TeilnehmerInnen an der Tagung Gelegenheit, sich an „Weltcafé-Tischen“ über lokale, bundesweite und internationale Friedensarbeit auszutauschen.

Am Nachmittag fanden dann drei Arbeitsgruppen statt, wobei die Gruppe zu alternativen Ökonomien das größte Interesse bei der TeilnehmerInnenschaft fand. Die Referentin von der Initiative der Gemeinwohlökonomie stellte am Beispiel ihrer Arbeit dar, wieviel „Mühen der Ebenen“ es bedeutet, alternative Formen des Wirtschaftens in die Praxis umzusetzen.

In der Arbeitsgruppe zu Strategien wurden drei Säulen vorgestellt und besprochen: Ziel(hierarchien), Ressourcen, Strategie. Auch verschiedene Formen von Kampagnen (z.B. Mobilisierungs- versus Aufklärungskampagnen) spielten eine Rolle.

Die Arbeitsgruppe zu Ziviler Konfliktbearbeitung im internationalen Raum befasste sich mit den unterschiedlichen Ansätzen, die es in diesem Feld gibt. Besonders diskutierte sie die Rolle gerechter Strukturen und lokaler Friedenspotentiale.

Der Samstag-Abend diente dem Austausch der TeilnehmerInnen und einer kleinen Feier zum 25-jährigen Bestehen des BSV.

Am Sonntag-Morgen wurde die Tagung mit einem weiteren Panel abgeschlossen, wobei die ZuhörerInnen viel Zeit bekamen, selbst Fragen an das Panel zu stellen oder Diskussionsbeiträge zu leisten. Die ReferentInnen dieses Panels (Ute Finckh-Krämer, Renate Wanie, Sarah Roßa, Helga Tempel und Uli Wohland) stellten selbst unterschiedliche Generationen der Friedensarbeit dar – das Alterspektrum reichte von 29 bis 82 Jahren. Es ging um die Frage des „Empowerments“, wobei der Begriff selbst von ein oder zwei der Panelisten in Frage gestellt

wurde. Was bedeutet es, Menschen zu befähigen/„ermächtigen“, wörtlich übersetzt, sich politisch zu engagieren? Ebenso kontrovers wurde diskutiert, ob man überhaupt von einer Friedensbewegung sprechen könne bzw. wie viel Bewegung da eigentlich ist, und wie viel von den etablierten Organisationen getragen wird.

Zur Auswertung der Tagung und um allen TeilnehmerInnen die Möglichkeit zu geben, an der Frage der Perspektiven mitzuwirken, haben wir eingeladen, auf einer Wandtafel Vorschläge und Kritik zu formulieren. Unter anderem wurde hier Folgendes angesprochen:

1. Wenn man über eine radikale Friedensutopie, eine Gesellschaft, die ohne Rüstung und Militär auskommt, nachdenkt, dann muss man über die Ränder dessen, was Friedensbewegung normalerweise beackert, hinausgehen. Insbesondere wurden hier immer wieder die Frage unseres Wirtschaftssystems und (damit in enger Verbindung stehende) ökologische Fragen, Fragen der Ressourcennutzung usw. angesprochen.

2. Es gibt nicht „die“ Strategie zur Erreichung dieses Zieles, sondern wichtig ist zu erkennen, dass verschiedene Ansätze, von der Thematisierung einzelner Waffentypen bis hin zu Verweigerung oder Schaffung eines international verbindlichen Rechtsrahmens, zusammenwirken können und müssen.

3. Strategieentwicklung bedeutet nicht, dass man einen „Masterplan“ erstellen könnte, der heute die einzelnen Schritte von hier bis zur totalen Abrüstung beschreibt. Ein solcher Masterplan wäre realitätsfern. Stattdessen gilt es, im Sinne guter strategischer Planung sich über Ober- und Teilziele zu verständigen und Strategien zu entwickeln, die diese Teil- bzw. Zwischenziele in Angriff nehmen.

4. Friedensbewegung ist in dem letzten Jahrzehnt zu „schüchtern“ dabei geworden, ihre Visionen und Ziele klar zu be-



Foto: Mojan Kaufmann

nennen. Forderungen wie die Auflösung der NATO oder die Abschaffung der Bundeswehr werden kaum noch gewagt zu stellen. Hier wurde eine besondere Aufgabe auch des BSV gesehen: Über die Benennung von konstruktiven Alternativen zu Rüstung und Militär diese Friedensvisionen wieder in den Blick zu nehmen und gleichzeitig zu zeigen, dass sie realisierbar sind.

Als konkrete Perspektive wurde auf der Tagung und der anschließenden Mitgliederversammlung diskutiert, neben den Alternativen der Sozialen Verteidigung (als gewaltlosem Verteidigungskonzept) und der zivilen Konfliktbearbeitung (als einem umfassenden Instrumentarium der Bearbeitung von Konflikten ohne gewaltgestützte Politik) als einen Teilansatz das zivile, unbewaffnete Peacekeeping in Deutschland bekannter zu machen (Öffentlichkeitskampagne).

Auf der Mitgliederversammlung stand neben der Frage der Perspektiven und des Haushaltes 2014 auch die Entscheidung an, ob Ute Finckh-Krämer, seit Herbst 2013 Mitglied des Deutschen Bundestags für die SPD, im Vorsitz durch ein anderes Vorstandsmitglied oder eine/n neue/n KandidatIn ersetzt werden würde. Die Mitglieder entschieden, auch angesichts des Fehlens von KandidatInnen, dass Ute weiter im Amt bleiben solle. Sie wird aber auf öffentliche Auftritte im Namen des BSV weitgehend verzichten, um die Unabhängigkeit des BSV von allen Parteien nicht zu gefährden.

Die Dokumentation der Tagung umfasst einige der Vorträge sowie Zusammenfassungen von Diskussionen und einige kürzere Texte, die von ReferentInnen nachträglich für diese Dokumentation verfasst wurden. Sie wird demnächst erscheinen.

Christine Schweitzer ist BSV-Co-Geschäftsführerin.

# Zivile Peacekeeper verhindern den Tod von Flüchtlingen in Südsudan

Derek Oakley

Am 17. April 2014 befanden sich mein Kollege Andres und ich in dem Schutzlager für Zivilbevölkerung, das die UN-Mission im Südsudan (UNMISS) in der Nähe von Bor errichtet hat. Bewaffnete eroberten das Lager und eröffneten das Feuer auf Unbewaffnete, Frauen und Kinder, wobei mindestens 58 Menschen getötet wurden. Diese Menschen waren überwiegend Vertriebene der ethnischen Gruppe der Nuer, die seit dem Ausbruch des Bürgerkriegs im Südsudan im Dezember 2013 im Schutzlager lebten. Neben 5 Frauen und 9 Kindern, mit denen zusammen wir während des Angriffs Schutz in einer Hütte gesucht hatten, gehörten Andres und ich zu jenen, die den Angriff unbeschadet überlebten. Das war möglich durch unser gewaltfreies Training, das darauf abzielte, mit gewaltsam ausgetragenen Konflikten und ethnischen Spannungen umzugehen. Wir wurden mehrmals mit Schusswaffen, Äxten und Speeren bedroht. Wir wurden sogar von den Bewaffneten aufgefordert, die Frauen und Kinder zurückzulassen und zu verschwinden. Wir weigerten uns, Folge zu leisten, und beharrten darauf, Mitarbeiter einer humanitären Hilfsorganisation zu sein und dass die Menschen um uns herum unschuldige Frauen und Kinder seien, die nichts mit dem Krieg zu tun hätten; wir würden nicht ohne sie gehen.

Sofort nach dem Angriff und bis zum heutigen Tage beteiligen wir uns an den vermehrten Aktionen der UN und von NGOs, das Schutzlager weiter zu betreuen. Wir sammelten und transportierten die Toten und Verletzten, unterstützten die medizinische Hilfe bei der Evakuierung von Verwundeten und halfen dabei, Familienmitglieder außerhalb von Bor wiederzufinden. Während dieser Zeit war ich sowohl mit den besten wie auch den schlechtesten Seiten der menschlichen Natur konfrontiert, die mich dennoch beide dazu inspirierten, meinen Weg weiterzugehen. Das tue ich, indem ich mit meinen beschränkten Mitteln versuche, den Überlebenden des Angriffs und ihren Angehörigen zu helfen. Ich bin auf ewig dankbar für die großzügige Unterstützung und die Solidarität jener um mich herum sowie jener, die weiter weg sind. Ohne sie wäre es unter diesen extremen Umständen unmöglich gewesen,

bei klarem Verstand zu bleiben und den Menschen sinnvoll zu helfen.

Während der letzten Tage habe ich Dinge gesehen und erlebt, die ich keinem wünsche, und deren genaue Schilderung in diesem Kontext unangebracht wäre. Dennoch sind es diese Dinge, wegen derer wir uns als unbewaffnete zivile Peacekeeper für diese Arbeit gemeldet haben und die wir in Kauf nehmen müssen. Ich will weder gefühllos, herablassend noch masochistisch erscheinen im Bezug auf diese Aussage, die mir nicht leicht fällt. Vielmehr illustriert meine Erfahrung die Realität dieser Arbeit. Es war ein sehr eindeutiger Test sowohl unserer Arbeitshypothese, dass schützende Anwesenheit die Kraft besitzt, Gewalt gegen Zivilisten abzuwenden, als auch meiner persönlichen Werte und Gedanken. Wenn wir bewaffnet gewesen wären, wären wir tot. Unsere Präsenz im Schutzlager an diesem Tag war keine geplante Antwort auf eine wahrgenommene Bedrohung. Die Dinge passierten sehr schnell und niemand hatte es vorausgesehen. Es war vielmehr ein Ausfluss unseres alltäglichen Wirkens.

Wir wissen, dass in den meisten Gebieten, in denen unser Arbeitsalltag stattfindet, ein deutliches Risiko besteht. Bei diesem Vorfall spürten wir, dass unsere Reaktionen und ihre Ergebnisse mit dem Credo eines unbewaffneten Peacekeepers übereinstimmen. Seit dem Ereignis begreife ich die Verantwortlichkeiten eines zivilen Peacekeepers, die wir versuchen zu artikulieren und zu fördern, in einer viel unmittelbareren und lebendigeren Weise. Die meisten Aktionen zielen darauf ab, von vornherein die schlimmsten Konsequenzen des Krieges sowie Gräueltaten zu verhindern. In manchen Situationen haben wir sehr wenig unter unserer Kontrolle, genau wie in der eben von mir beschriebenen. Dann bleibt uns wenig außer unserer fundamentalsten Ressource – unserer physischen Anwesenheit. Wir nutzen diese Form der direkten Aktion als Option, um das Töten zu verhindern. Das ist eine bescheidene Tatsache, aber ohne das Wissen, dass wir in dieser furchtbaren Situation dennoch in der Lage sind, Dinge zu bewegen, so klein sie auch sein mögen, und dies auch wieder und wieder tun zu können, wäre



Derek Oakley mit anderen Angestellten von NP während des Vorbereitungstrainings in Juba im April 2014. Foto: NP

es schwer zu verstehen, warum wir diesem Ruf weiter folgen. Ich bleibe fest in meinem Glauben und meiner Hingabe zu der erreichbaren Möglichkeit, Räume für Menschen zu schaffen, in denen sie jenseits von Hass und Gewalt denken und fühlen können. Außerdem glaube ich, dass das Prinzip der Schaffung von Neuem stärker ist als die Zerstörung, dass sich Arbeit für ernstgemeinten Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit lohnt, die im Gegensatz steht zur Macht einiger weniger, die auf Angst beruht.

Manchmal fand ich es schwer, auszudrücken, warum ich mich berufen fühlte für diesen Pfad, und wie es sich anfühlt, ihn tatsächlich zu gehen. Für mich gibt es kein klareres Beispiel für das „Warum“ und das „Wie“ meiner Arbeit als meine Erfahrungen am 17. April 2014.

Vielen Dank, dass Sie sich die Zeit genommen haben diese Nachricht zu lesen, obwohl sie eher schmucklos daherkommt. Zusätzlich zu ihrer bisherigen Geduld bitte ich Sie noch darum, kurz derer zu gedenken, die an diesem Tag ums Leben gekommen sind, und ihrer Angehörigen.

Derek Oakley ist International Protection Officer bei Nonviolent Peaceforce im Südsudan. Übersetzung: Moritz Epp



# Aktion Aufschrei

Andreas Dieterich

Am 26. Februar 2014 fand die Kampagne *Aktion Aufschrei* einen vorläufigen Höhepunkt bei der Übergabe der über die letzten drei Jahre gesammelten 95.000 Unterschriften. Diese wurden mit der Forderung nach einem grundsätzlichen Verbot von Rüstungsexporten in Artikel 26,2 des Grundgesetzes an die Vizepräsidentin des deutschen Bundestages Edlgard Bulmahn übergeben.

Am folgenden Tag demonstrierten unter dem Motto „Grenzen öffnen für Menschen – Grenzen schließen für Waffen“ zahlreiche Rüstungsgegner mit Panzerattrappen vor dem Reichstag für einen Stopp deutscher Rüstungsgüter und die Änderung der deutschen Flüchtlingspolitik. Christine Hoffmann, Sprecherin der Kampagne, sprach von einem „Skandal, dass Armut- und Kriegsflüchtlinge kaum eine Chance haben, in Deutschland und Europa eine sichere Zuflucht zu finden, gleichzeitig aber dem Rüstungsexport weiterhin Tür und Tor geöffnet wird“. Der Bund für Soziale Verteidigung war durch seinen Vorsitzenden Stephan Brües und Andreas Dieterich nebst Banner vertreten.

Wie wichtig die Arbeit gegen den Export von Waffen und Rüstungsgütern ist, zeigt



Foto: Uwe Hilsch

sich wieder einmal in den Ausfuhrgenehmigungen für Kleinwaffen des Jahres 2013. So hat die Ausfuhr von Kleinwaffen im vergangenen Jahr noch einmal um erschreckende 43 % im Vergleich zu 2012 zugenommen. Besonders kritisch ist hierbei anzumerken, dass vor allem die Ausfuhrgenehmigungen für die Länder im Nahen und Mittleren Osten, und damit auch in Länder wie Saudi-Arabien und Iran, in denen die Menschenrechtsslage mangelhaft ist, gestiegen sind. Durch die fehlende Endverbleibskontrolle, die Langlebigkeit von Kleinwaffen und die Lizenzvergabe zum Nachbau deutscher Waffen schaffen die deutschen Rüstungsexporte damit ein Gewaltpotenzial in der Region, das in aktuellen und kommenden Konflikten unkontrolliert zum Ein-

satz kommen und somit Ursache für Vertreibung und Flucht sein wird.

Darum hat der Trägerkreis der Kampagne *Aktion Aufschrei* einhellig beschlossen, die erfolgreiche Arbeit auch in der nächsten Legislaturperiode weiterzuführen, den Schwung der vielen tollen Aktionen aller Mitgliedsorganisationen mitzunehmen und dabei einen Schwerpunkt auf das Motto „Grenzen öffnen für Menschen – Grenzen schließen für Waffen“ zu legen. Der Bund für Soziale Verteidigung wird auch in Zukunft aktiv als Mitgliedsorganisation der Kampagne für den Stopp von Rüstungsexporten und Alternativen für Militär und Rüstung eintreten.

Andreas Dieterich ist BSV-Vorstandsmitglied.

## Neue PraktikantInnen



### Moritz Epp

Servus, mein Name ist Moritz Epp und ich komme aus Marburg. Ich studiere Psychologie auf Bachelor. Mein favorisiertes Gebiet ist die Sozialpsychologie, insbesondere Beziehungen zwischen Gruppen sowie Mediation und Konfliktvermeidung, auch im internationalen Kontext.



### Sven Weckmann

Hallo, ich heiße Sven Weckmann und studiere Soziologie im Hauptfach und Philosophie im Nebenfach an der Uni Tübingen. Mein Schwerpunkt liegt dabei auf sozialer Ungleichheit im globalen Kontext. Besonders wichtig sind mir dabei Armut und deren Ursachen.

## Informationen zum Ukraine-Konflikt

Der Konflikt in der Ukraine beschäftigt auch die deutsche Friedensbewegung und den BSV. Der BSV hat zwei Papiere zu dem Thema herausgegeben: ein Infoblatt zu den historischen Hintergründen und einen 10-seitigen Artikel zu verschiedenen Aspekten des Konfliktes, verfasst von Christine Schweitzer. Beide können von der Website des BSV heruntergeladen werden.

Auf der Website der Kooperation für den Frieden gibt es einen Überblick über Appelle und Erklärungen verschiedener Friedensorganisationen: <http://www.koop-frieden.de/sub/krise-in-der-ukraine.html>

## (Real-)Satire: Diplomatisch – Deutsch

Kai-Uwe Dosch

Eigentlich erscheinen in unserem Rundbrief keine Fortsetzungsgeschichten. Doch erinnern Sie sich an die kurze Beschreibung des langen Weges von einer Resolution des Kirchentags gegen Rüstungsexporte zu einer Reaktion der Regierung im letzten Editorial? Das Aktions-Bündnis „Aufschrei“ und der BSV haben zum Waffenhandel, vor allem zum Rüstungsexport auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag im Mai in Hamburg eine Resolution für dessen grundsätzliche Ablehnung beantragt, auf einer Veranstaltung im Zentrum „Um-

welt, Frieden und Gerechtigkeit“ vorgestellt und angenommen bekommen. Der Kirchentag hat diese Resolution an die zehn zuständigen (Unter-)Ausschüsse des Bundestags und an die neue Bundesregierung verschickt. Das Bundeskanzleramt hat uns dann lange hingehalten. Damals war der Ausgang noch offen, jetzt liegt eine Antwort des Auswärtigen Amtes vor. Wir wollten Ihnen diese nicht vorenthalten, doch wir mussten sie erst aus dem Diplomatischen ins Deutsche übersetzen:

Als Vertreter [...] wurde ich gebeten, Ihnen zu antworten.	Unter mir kommt keiner mehr, um das weiter durchzureichen.
Der Resolutionstext wurde [...] mit großer Aufmerksamkeit aufgenommen.	Über diesen naiven Idealismus haben wir herzlich gelacht.
Im Hinblick auf die darin enthaltenen Petita an die Bundesregierung möchte ich auf einige grundlegende Aussagen der Koalitionsvereinbarung verweisen:	Glauben Sie nicht, dass ich dazu etwas Verbindliches sagen werde. Aber es hört sich auf jeden Fall gut an.
[...] entscheidet die Bundesregierung im Einzelfall und im Lichte der jeweiligen Situation nach sorgfältiger Prüfung unter Einbeziehung außen- und sicherheitspolitischer Erwägungen.	Es bleibt alles, wie es ist: Wenn hier einer entscheidet, dann sind das wir – und in die Karten lassen wir uns auch nicht gucken.
Entsprechend [...] kommen dabei der Beachtung der Menschenrechte im Empfangsland und dem Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der jeweiligen Region eine besondere Bedeutung zu.	Für uns sind ein paar Menschenrechte gleich Frieden, Frieden gleich Sicherheit und Sicherheit gleich Stabilität, d.h. Autokraten müssen keine Angst vor Ärger haben.
Die Bundesregierung ist entschlossen, noch in diesem Halbjahr konkrete Schritte zur Umsetzung dieser zentralen Transparenzvorgaben zu unternehmen [...].	Das dauert! Die Mühlen der Politik mahlen langsam. Und die Zeit spielt uns in die Hände bzw. vermeidet interne Konflikte.
Ganz im Sinne des von Ihnen eingebrachten Resolutionstextes wird sich die Bundesregierung auch künftig energisch für eine vollständige Implementierung des VN-Kleinwaffenabkommens [...] einsetzen.	Und wir können uns vom Süden (und von Ihnen) feiern lassen, doch Sie (und wir) können sicher sein, dass wir uns im „wildem“ Westen – leider! – nicht durchsetzen werden.

Die ganze Resolution gegen Rüstungsexporte steht auf der Website des Kirchentags: [www.kirchentag.de/programm/resolutionen/resolutionen-zur-abstimmung-2013/gegen-ruistungsexporte.html](http://www.kirchentag.de/programm/resolutionen/resolutionen-zur-abstimmung-2013/gegen-ruistungsexporte.html)

## BSV-Fachgespräch am 1.11.2014

Am 1. November 2014 findet das diesjährige Fachgespräch (früher: Bundesausschuss) des Bund für Soziale Verteidigung statt. Thema wird diesmal „Ziviles Peacekeeping als Alternative zu Militäreinsätzen“ sein.

Nähere Informationen können in den kommenden Monaten unserer Website entnommen werden.

## In eigener Sache

In einer Beilage des letzten Rundbriefs haben wir Sie gebeten, Ihre Wünsche zurückzumelden, ob Sie entweder unseren Rundbrief weiter in der Print-Version per Post oder in der Online-Version per E-Mail erhalten wollen. Etliche LeserInnen haben uns ihre Wahl mitgeteilt, viele davon haben sich für die E-Version entschieden.

Dafür bedanken wir uns bei Ihnen herzlich! Denn der Grund unserer Frage bzw. Bitte ist auch der, dass uns der Versand per Post viel mehr kostet als der per E-Mail und wir das Geld, das wir hier sparen dürfen, in andere Aktivitäten investieren können. Die von Ihnen gewählte Versandart wird aus technischen Gründen noch nicht mit dieser, sondern erst mit der nächsten Ausgabe umgesetzt.

Leider müssen wir noch mehr Geld sparen und haben uns darum schweren Herzens entschieden, einmalig dieses Jahr die nächsten beiden Rundbriefe in einer Doppelausgabe zum Jahresende zusammenzufassen. Natürlich bieten wir Ihnen inzwischen ständig weitere aktuelle Informationen aus dem BSV - durch Mailing, Newsletter, Website - und sogar Facebook.

Vielen Dank für Ihr Verständnis!